Redaktionelle Vorbemerkung: Die Antworten sind in fett

Inhaltliche Vorbemerkung: Aus Sicht der BayernSPD ist das Anliegen des Verbandes Freier Berufe in Bayern e. V. (VFB e. V.) verständlich und nachvollziehbar. Sehr gerne nehmen wir zu den gewünschten Fragen Stellung und möchten gleichzeitig anmerken, dass hinsichtlich der anstehenden Kommunalwahlen in Bayern die Antworten zu den Fragen die sozialdemokratische Handschrift widerspiegeln. Die 2056 Gemeinden, Märkte und Städte in Bayern sind mit höchst unterschiedlichen Möglichkeiten ausgestattet. Dies betrifft insbesondere ihre Leistungsfähigkeiten sowie die jeweils vor Ort vorhandenen Ressourcen und letztlich das gemeindliche Fachpersonal. D.h. konkret, dass von der skizzierten sozialdemokratischen Idealvorstellung unter Umständen vor Ort in pragmatischer Weise abgewichen werden muss. Darüber hinaus ist vorab zu betonen, dass zu einigen Fragen gar keine gemeindliche Zuständigkeit gegeben ist, dies also allenfalls freiwillig erledigt werden könnte, was wiederum fundamental von der gemeindlichen Leistungsfähigkeit abhängt. Die BayernSPD ist sich sicher, dass dieser Umstand dem VFB e. V. vollumfänglich bewusst ist.

Die Antworten spiegeln also sozialdemokratische Leitlinien in der kommunalen Umsetzung wider, denn wir sind davon überzeugt, dass eine starke Sozialdemokratie im Stadt- oder Gemeinderat einen erheblichen Unterschied ausmacht. Gerade in den genannten Fragestellungen zu wohnortnahen Gesundheitsversorgung zeigen insbesondere Städte unter sozialdemokratischer Führung ein besonders hohes Engagement.

Konkret genannte Beispiele sind aus der Stadt Forchheim in Oberfranken entnommen. Unser stv. Generalsekretär lenkt als Oberbürgermeister die Geschicke dieser Stadt seit 10 Jahren.

1. Die Freien Berufe sichern mit ihrer kleinteiligen Struktur die Daseinsvorsorge vor Ort. Der Arzt, der Apotheker, der Rechtsanwalt, der Architekt und der Künstler im Stadtteil sind für die Bevölkerung essentiell. Sie vermitteln Daseinsvorsorge.
Was können die Kommunen dazu beitragen, dass die Versorgung mit freiberuflichen Dienstleistungen in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren flächendeckend erhalten bleibt – insbesondere angesichts des bevorstehenden Generationswechsels in vielen Praxen, Kanzleien, Büros und Betrieben? Welche Konzepte verfolgen die Kommunen, um Freiberufler langfristig für die Region zu gewinnen und dort vor Ort zu halten?

Die Daseinsvorsorge ist für die BayernSPD ein hohes Gut und wird vor Ort unter sozialdemokratischer Führung stets zum Wohle der Gesellschaft vorangetrieben. Auch durch die Vielfältigkeit der freien Berufe werden unterschiedliche Schwerpunkte herausgebildet. Eine angemessene gemeindliche Kulturförderung ist dabei ebenso Standard wie die Bereitstellung von Räumen für die vielfältigen kulturellen Ausprägungen.

Zusätzlich die Versorgung mit haus- und/oder fachärztlichen Leistungen eine stete Aufgabe für uns. Hierzu zählen z. B. gemeindliche Praxisräume in zentralen Lagen und auch ergänzende Wohnangebote. In der Regel besteht eine enge Verbindung mit den örtlichen Kliniken in kommunaler Hand. Mit den dort angebundenen MVZ können ergänzende Dienstleistungen für Abrechnungen und unterstützendes Personal

bereitgestellt werden. In einem solchen Gesamtpaket entsteht für die Ärztin/den Arzt ein angenehmes Umfeld, welches individuell zugeschnitten werden kann. Die Kommunen streben stets langfristige Kooperationen an.

Die Herausforderungen für Apotheken sehen wir insbesondere vor dem Hintergrund sog. Online-Apotheken mit großer Sorge. Diese beteiligen sich nicht an Not- und Wochenenddiensten. Deshalb ist es für uns wichtig, dass die wohnortnahe Versorgung mit pharmazeutischen Waren gesichert wird. Insbesondere kleinräumige Klinikstandorte bieten den Vorteil mit angebundenen Klinikapotheken in guten Kooperationsmodellen für Apotheker*innen einen Mehrwert zu bieten.

Beispielgebend kann hier die Stadt Forchheim genannt werden. Unter einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister wurde das städtische Klinikum mit dem Klinikum des Landkreises zu einem gemeinsamen, leistungsfähigen und zukunftsweisenden Haus im Jahr 2019 fusioniert. Zugleich wurde das erste eigene MVZ in kommunaler Trägerschaft gegründet.

2. Natürlich spielt auch die Infrastruktur bei der Wahl, wo man sich niederlässt, eine wichtige Rolle.

2.1. Wie kann Ihrer Meinung nach die kommunale Infrastruktur optimiert werden, dass ein Zuzug für Freie Berufe attraktiv ist?

Ein funktionierendes Umfeld ist wichtig bei jeder Entscheidung zur Standortwahl. Sozialdemokratische Bürgermeister*innen sorgen mit ausreichenden Kita-Plätzen und sanierten Schulen für eine gute Basis für das familiäre Umfeld. Wir sind davon überzeugt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insb. für die freien Berufe von großer Bedeutung ist. Denn gerade die Vertreter*innen der freien Berufe stehen auch abseits ihrer beruflichen Tätigkeiten oft im Austausch mit den Bürger*innen ihrer Stadt.

2.2. Wie kann es gelingen bezahlbaren Wohnraum für Mitarbeiter zu schaffen?

In vielen Regionen Bayerns ist Wohnraum knapp bzw. unbezahlbar geworden. Für alle Menschen ist dies eine essenzielle Frage. Deshalb setzen sich sozialdemokratisch geführte Städte mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften für den Erhalt und Ausbau der geförderten Wohnungen ein. Die oft als Genossenschaften organisierten Wohnbauunternehmen zeichnen sich durch die Bestandshaltung aus. Nicht die höchste Rendite ist entscheidend, sondern die Perspektive für die Menschen, die in den geförderten Wohnungen ein Zuhause gefunden haben.

Direkte Förderung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft erfolgte durch angemessene Eigenkapitalausstattung durch die Stadt Forchheim im Jahr 2023. So konnten, trotz unzureichender öffentlicher Förderung, weitere Bauvorhaben in Holz-Hybrid-Bauweise unter energetisch-ökologischen Gesichtspunkten für bezahlbares Wohnen erstellt werden.

2.3. Für die Niederlassung spielt auch eine Rolle, dass das Umfeld für Familien attraktiv ist(Kinderbetreuung, Arbeitsplatz für den Lebenspartner, Freizeitmöglichkeiten, Ausbau des Nahverkehrs etc.). Was können Sie hier tun?

Die Betreuung der Kinder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hatten wir schon unter Frage 2.1 kurz angesprochen. Dies ist die zentrale Leistung der Kommunen. Darüber hinaus sind Investitionen in Einrichtungen des Sports und der Kultur ein wesentliches Merkmal sozialdemokratischen Handels. Damit werden Möglichkeiten für ein attraktives und lebendiges Vereinsleben geschaffen und so das gesellschaftliche Zusammenleben gestärkt.

Die Stadt Forchheim hat 2025 erstmals ein eigenes Stadtbusnetz mit sechs Linien für den Stadtverkehr etabliert, die die bereits bestehenden zwei sinnvoll ergänzt. Das eigene Stadtbusnetz ist in das Tarifsystem des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN) eingebettet.

2.4. Wie können Kommunen die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Apotheken, Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und sozialen Diensten unterstützen, um die Gesundheitsversorgung vor Ort zu verbessern?

Gemeinsam mit den Landkreisen engagieren sich die 2056 Gemeinden in Bayern für die umfassende Gesundheitsversorgung im engen Austausch. Während stationäre Gesundheitsversorgung zumeist in den Händen der Landkreise liegt, fokussieren sich die Gemeinden auf die ambulante ärztliche Versorgung und Pflegeeinrichtungen. Gerade im Bereich der Kurzzeitpflege sehen wir verstärkten Nachholbedarf. Gleichzeitig fordert die BayernSPD eine auskömmliche finanzielle Ausstattung dieser Aufgaben durch den Freistaat Bayern.

2.5. Planen Sie eine Vereinfachung des Baurechts und ggf. mit welchen Regelungen?

Wünschenswert wäre dies bestimmt. Im Rahmen der Kommunalwahl jedoch nicht lösbar, denn Veränderungen des Baurechts liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Die Kommunen vollziehen das Baurecht.

2.6. Planen Sie Wirtschaftsförderung für Gründung und Selbstständigkeit?

Ja, die Wirtschaftsförderung ist ein gutes Instrument zur Lenkung von Standortentscheidungen. Während dies bei den 71 Landkreisen und 25 kreisfreien Städten zur Aufgabe gehört, ist die Wirtschaftsförderung bei den kreisangehörigen Städten eine freiwillige Aufgabe und damit in besonderer Weise von der finanziellen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommune abhängig. So haben z. B. die meisten der großen Kreisstädte eine freiwillige Wirtschaftsförderung etabliert. Deren Wirkung ist anerkannt und wird von der BayernSPD befürwortet.

2.7. Wie kann neben einem Ausbau der digitalen Netze im ländlichen Raum eine Förderung der Digitalisierung für Freiberufler gelingen?

In der jüngsten Vergangenheit hatten sich Bund und Land zu sehr auf den sog. eigenwirtschaftlichen Ausbau zur Breitbandversorgung verlassen. Da dies nicht im erforderlichen Umfang zum Erfolg führte, haben sich wieder die Kommunen selbst dieser Zusatzaufgabe gestellt. Die BayernSPD setzt sich, gerade im ländlichen Raum, für die Verbesserung von Chancengleichheit zwischen Stadt und Land ein. In den sozialdemokratisch geführten Städten und Gemeinden sehen wir gemeindliche Kooperationen mit Telekommunikationsanbietern bis hin zu eigenen Angeboten etwa durch die kommunalen Stadt- oder Gemeindewerke. Damit profitieren die Bürger*innen in besonderer Weise von heimatnaher Versorgung mit technischen Ansprechpartnern vor Ort und nicht in irgendeiner telefonischen Hotline.

Auch hier ein Beispiel aus der Stadt Forchheim: mit den eigenen Stadtwerken wurde eine neue Telekommunikationssparte gegründet. Bereits 2018 wurde mit dem Aufbau eines eigenen Netzes begonnen.

3. Zunehmend werden freiberufliche Aufgaben der Daseinsvorsorge durch gewerbliche Anbieter übernommen. Planen Sie hier Gegenmaßnahmen, um den Freien Berufen den Rücken zu stärken?

Auch in kommunaler Sicht müssen selbstverständlich wettbewerbliche Regularien zur Anwendung kommen. Im Zuge der Etablierung der Anwendung von VgV und UVgO in den Städten und Gemeinden sehen wir insbesondere in den sozialdemokratisch geführten Städten eigene Vergaberichtlinien, die neben Tariftreue z. B. auch regionale Verantwortung als weiteres Entscheidungskriterium etabliert haben. Dies fördert die freien Berufe in besonderer Weise.
Ein solches Regelwerk wurde in der Stadt Forchheim bereits 2018 erlassen.

3.1. Stichwort: Bedrohung der freiberuflichen Organisationsstruktur der ambulanten Versorgung durch iMVZ:
Werden Sie hier Beschränkungen der investorenfinanzierten MVZs umsetzen?

Da Kommunen nur mittelbar, in der Regel über kommunale Krankenhäuser MVZs gründen können, ist hier die gute Zusammenarbeit mit Mediziner*innen erforderlich. Leider hat sich in der Vergangenheit viel zu oft gezeigt, dass Kassenarztsitze an Investoren verkauft wurden, während die kommunal getragenen MVZs das Nachsehen hatten. Hier entscheidet der Preis. Was zunächst nachvollziehbar klingt, sollte aber nicht über das Verantwortungsgefühl von sorgsamen Mediziner*innen hinwegtäuschen. Kommunen sind in ihrer Preisgestaltung leider nicht frei, sondern an Wertgutachten gebunden, da in der Regel die finanzielle Ausstattung zum Erwerb eines Kassenarztsitzes direkt aus gemeindlichen Steuermitteln genommen wird. Zusätzlich sind kommunale Entscheidungswege aufgrund demokratischer Gepflogenheiten zeitlich unflexibler. Die

Städte, Gemeinden, Kliniken und MVZs wünschen sich verantwortungsvolle Mediziner*innen, die die dauerhafte Gesundheitsversorgung der ihnen anvertrauten Menschen fest im Blick haben.

3.2. Was halten Sie von Videosprechstunden von Ärzten im Supermarkt?

Wir halten Supermärkte oder ähnlich öffentliche Orte der privaten Wirtschaft für ungeeignet zur Durchführung von ärztlichen Videosprechstunden. Verständlich ist die Idee, medizinische Leistungen in den Alltag der Menschen integrieren zu wollen. Das Mindestmaß an Vertraulichkeit und geschütztem Rahmen scheint aus Sicht der BayernSPD so nicht gegeben. Zur Unterstützung von niedergelassenen Mediziner*innen fordert die BayernSPD gemeindliche Räume mit adäquater Technikausstattung: ob im Rathaus, Gemeindezentrum oder Stadtteilquartier – Kommunen verfügen oft über Liegenschaften, auch in zentralen Lagen, die nach unserer Ansicht hierfür deutlich besser geeignet sind. Dafür setzen sich sozialdemokratische Bürgermeister*innen ein.

3.3. Wollen Sie der zunehmenden Verdrängung der freiberuflich tätigen Architekten und Ingenieure durch Totalübernehmer und Totalunternehmer entgegenwirken? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Ein wirksames Instrument zur Gestaltung in der Hand der Kommunen sind die zunehmend etablierten kommunalen Vergaberichtlinien (vgl. Frage 3) in sozialdemokratisch geführten Städten. Die hohe Detailkenntnis der Begebenheiten vor Ort spielen den örtlichen Architekt*innen und Ingenieur*innen in die Hände. Sie können am besten passgenaue und ideal auf die gemeindlichen Bedürfnisse zugeschnittene Lösungen anbieten. Diesen Trumpf gilt es auszuspielen.

3.4. Wollen Sie Barrieren senken, damit Freiberuflerbüros, Soloselbstständige Zugang zu öffentlichen Aufträgen bekommen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Um Barrieren zu senken, greifen ebenso die genannten kommunalen Vergaberichtlinien (siehe auch Frage 3). Dieses Instrument kann und muss wirksam eingesetzt werden. Sozialdemokratische Bürgermeister*innen haben das bereits diskriminierungsfrei umgesetzt, ohne gegen Wettbewerbsrecht zu verstoßen.